

93/2000

PRESSEINFORMATION
Industrie- und Handelskammer
Lüneburg-Wolfsburg



Norddeutsche Industrie- und Handelskammern fordern erneut Bau der Autobahnen A 14 / A 39

A 14 und A 39 – hinter diesen Kurzbezeichnungen verbirgt sich die seit langem verfolgte Forderung der norddeutschen Industrie- und Handelskammern nach einem Bau von Autobahnverbindungen zwischen Lüneburg und Magdeburg sowie Wolfsburg und Schwerin. Jetzt haben sich die sechs Industrie- und Handelskammern Braunschweig, Flensburg, Kiel, Lübeck, Lüneburg-Wolfsburg, Stade und die Handelskammer Hamburg mit einer Resolution erneut an Politik und Verwaltung gewandt.

Der Grund: Obwohl bereits ausgesprochen positive Nutzen-Kosten-Verhältnisse dieser so genannten X-Lösung festgestellt worden waren, waren die Vorhaben lediglich dem 'weiteren Bedarf' zugeordnet worden, so dass mit einer Realisierung nicht vor dem Jahr 2012 gerechnet werden konnte. Außerdem hatte der Deutsche Bundestag eine verkehrswirtschaftliche Untersuchung in Auftrag gegeben, die 'Art und Umfang sowie Umweltrelevanz' begutachten sollte. Das Ergebnis stößt bei den Kammern auf Ablehnung, denn die Gutachter schlagen nur eine Autobahnverbindung Magdeburg – Schwerin vor, der westliche Teil des Untersuchungsraums soll lediglich durch Bundesstraßen erschlossen werden. Die Kammern kritisieren insbesondere die bei der Untersuchung zugrunde gelegten Prämissen und fordern eine Neubewertung.

Auch im Internet abrufbar:
<http://www.lueenburg.ihk.de>

Rückfragen bitte an:
Industrie- und Handelskammer
Lüneburg-Wolfsburg
Am Sande 1
21335 Lüneburg
Martin Exner, Geschäftsführer
Tel.: 04131-742-123
Heino Reents, M.A.
Tel.: 04131-742-156
Fax: 04131-742-262 und -180
Kommunikation und
Öffentlichkeitsarbeit

Verantwortlich:
Dipl.-Volkswirt Jens Petersen,
Hauptgeschäftsführer

“Der Raum zwischen den Bundesautobahnen A 2, A 7, A 10 und A 24, zu dem Gebiete der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt gehören, stellt die größte nicht durch Bundesautobahnen erschlossene Fläche der Bundesrepublik dar”, erläuterte Jens Petersen, Hauptgeschäftsführer der IHK Lüneburg-Wolfsburg, das Anliegen der Resolution. “Mit den im Gutachten vorgeschlagenen Lösungen sind wir in keiner Weise einverstanden. Weder wird der Hafen Hamburgs mit seinem verkehrswirtschaftlichen Hinterland, das bis nach Polen und in die Tschechische Republik reicht, vernünftig verbunden, noch werden diese Planungen der Bedeutung gerecht, die der Volkswagen-Standort Wolfsburg mit seiner vielfältigen Zulieferindustrie und der Wirtschaftsraum Braunschweig haben und für die verbesserte Verkehrsanbindungen dringend notwendig sind.”

Die klare Forderung der Kammer deshalb: Neubewertung und Aufstufung der Vorhaben in den ‘vordringlichen Bedarf’ und zügige Umsetzung der A 14 / A 39-Konzeption.

KÖ/Ex/vC

29. Juni 2000